



# *Evangelische Verantwortung*

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 1+2/2022

Was steckt eigentlich hinter  
dem „Gendersternchen“?

Dr. Hans-Gerd Krabbe > 8

Das Ahlener Programm und  
der Markenkern der CDU

Wolfgang Reeder > 11



*Symbolischer Kampf  
gegen die Atombombe  
kein Weg zum Frieden!*

Gerhard Arnold > 3



# Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ampelkoalition aus **SPD, Grünen** und **FDP** hat sich gleich zu Beginn selbst zur sogenannten Zukunftscoalition und zur vermeintlichen Vertretung einer neuen gesellschaftlich-bürgerlichen Mitte erklärt. Die politische Realität nach mehr als 100 Tagen Regierungstätigkeit sieht jedoch völlig anders aus. Deutlich zeigen sich bereits die ersten Risse in diesem reinen Zweckbündnis. Eine erstaunliche Einigkeit zeigt die Ampel allein bei ihren zum Teil radikalen gesellschafts- und identitätspolitischen Forderungen: Die geplante gemeinsame Agenda reicht von dem Gesetzesentwurf zur **Abschaffung des Werbeverbotes für Schwangerschaftsabbrüche (§219a)** und Einführung eines neuen Partnerschaftsinstituts namens „**Verantwortungsgemeinschaft**“, **Änderungen im Transsexuellen-, Namens- und Abstammungsrecht** bis hin zur Etablierung von **Leihmutterchaft** und **Eizellspende** im Sinne einer neuen „**reproduktiven Selbstbestimmung**“.

Auch das **Verhältnis zu den Kirchen** wird sich unter Rot-Grün-Gelb spürbar trüben und distanzieren: Der Anteil der **Konfessionslosen und Kirchenfernen** war noch niemals zuvor in einer Bundesregierung so groß wie gegenwärtig. Dass der **traditionelle Gottesbezug im Amtseid** nach Art. 56 GG vor politischen Allmachtsfantasien bewahren will und deutlich macht, dass sich Politik letztlich vor einer höheren Instanz verantworten muss, damit scheinen weder **Bundeskanzler Olaf Scholz** noch viele seiner übrigen Kolleginnen und Kollegen bei SPD und Grünen noch irgendetwas anfangen zu können. **Christliche Werte** und **bürgerliche Haltung** sind spürbar auf dem Rückzug, wenn **junge FDP-Abgeordnete** in bester Partylaune und mit Sonnenbrillen in einem „twitter“-Video anlässlich eines so ernsten Themas wie dem „Schwangerschaftsabbruch“ frenetisch jubeln und ausgelassen tanzen. Irgendetwas läuft gehörig schief, wenn radikale Klimaaktivisten, wie z. B. diejenigen vom sogenannten „**Aufstand der letzten Generation**“, von Seiten grüner Regierungsvertreter und Spitzenpolitiker für ihre geradezu apokalyptischen, lebensgefährdenden und gesetzeswidrigen Boykott- und Nötigungsaktionen sogar noch als legitime Beispiele von „zivilem Ungehorsam“ verteidigt werden.

Die **CDU Deutschlands** muss sich jetzt neu in ihre Oppositionsrolle einfinden. Sie hat sich gerade erst auf dem **34. Parteitag** an der Spitze personell komplett neu aufgestellt: Unserem neuen Parteivorsitzenden, **Friedrich Merz**, dem neuen Generalsekretär, **Mario Czaja**, sowie dem gesamten neuen Führungsteam und Bundesvorstand wünschen wir für die jetzt vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen!

Die notwendige **programmatisch-inhaltliche Neukonstituierung** unserer Partei gilt es nun vereint und engagiert in den Blick zu nehmen. Der jüngste Beitrag des Mainzer Historikers **Andreas Rödder**, das **C im Parteinamen** zur Disposition zu stellen, ist hierfür jedoch mit Sicherheit der falsche Weg! Wir sollten uns jetzt auf unsere wirklichen inhaltlich-programmatischen Baustellen konzentrieren und auf gar keinen Fall das infrage stellen, was unseren **Identitätskern** als Union ausmacht. Wenn Rödder vom C als einer „Barriere für Nichtchristen“ spricht, unterliegt er einem grundlegenden Missverständnis: Das C ist aufgrund seiner universalen Botschaft weltanschaulich gerade nicht exklusiv, sondern plural anschlussfähig, inklusiv und integrativ. Es ist gerade in Zeiten von Wertewandel, Hass und gesellschaftlicher Orientierungsnot so attraktiv wie nie zuvor, nicht zuletzt auch für Konfessionslose und Andersgläubige. Gerade das C bildet das Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien: Erst die Orientierung am C schafft den wahren Ausgleich der unterschiedlichsten Interessen und Positionen. Denn das C, das den einzelnen Menschen als Ebenbild Gottes in den Blick nimmt, ist lebensnah, versöhnend und zusammenführend. Es ist nicht Ausdruck einer politisch-ideologischen Doktrin, sondern einer lebendigen Werte- und Geisteshaltung. **Die CDU würde sich selbst abschaffen, wenn sie den tragenden Bezug zu den universalen christlichen Wertgrundlagen und dem christlichen Menschenbild streichen würde.** Vielmehr muss die Union das C durch glaubwürdige Haltung und Politik wieder mehr zum Leuchten bringen.

Gottes Segen! Ihr

**Thomas Rachel** MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 03 | Symbolischer Kampf gegen die Atombombe kein Weg zum Frieden!
- 08 | Was steckt hinter dem „Gendersternchen“?
- 11 | 75 Jahre Ahlener Programm
- 15 | Aus unserer Arbeit



# *Symbolischer Kampf gegen die Atombombe kein Weg zum Frieden!*

Zeitgemäße Betrachtungen zum Loblied auf den Atomwaffenverbotsvertrag

*Gerhard Arnold*

Viele interessierte politische und kirchliche Kreise hierzu-lande freuten sich, dass am 22. Januar 2021 der Atomwaffenverbotsvertrag (meist kurz nur Nuclear-Ban-Treaty genannt) in Kraft getreten ist. Im Jahr 2017 stimmten dem Vertragsanliegen 122 Staaten in der UNO-Vollversammlung zu. Es waren die nuklearen Habenichtse, die damit einiges an Ressentiments gegen die „Großen“ abladen konnten, gegen die, die in der Regel nur ihre eigenen Machtinteressen verfolgen. Selbstverständlich gilt der Vertrag nur für diejenigen Länder, die ihn unterschrieben und ratifiziert haben, also nicht für die Atommächte.

## **Die Kernphysik, die Atomwaffen und die Nachkriegsdeutschen**

Die Atomwaffen und die Atomangst gehören zusammen. Die Bilder von Hiroshima und Nagasaki im August 1945 haben sich ins kollektive Gedächtnis von sehr viel Menschen eingebrannt. Kein Zeitgenosse möchte so etwas erleben und weder sich, noch andere Menschen oder Gruppen oder Völker, die ihm etwas bedeuten, einbezogen wissen.

Die Atomwaffe ist von Anfang an auch Inbegriff höchster wissenschaftlicher und technischer Fertigkeiten gewesen und zeigt

damit – was man als Christ eigentlich wissen sollte – die Doppelbödigkeit all dessen, was Menschen im Namen des Fortschritts oder der Selbstbehauptung tun. Hätten nicht deutsche Atomphysiker die Grundlagen geliefert und die reichen USA trotz Krieg nicht die Fähigkeiten gehabt, 1945 eine Atombombe zu bauen, wären andere als erste Jahre später diesen Weg gegangen. Das ist ja auch bald in der Sowjetunion (August 1949) und später in der VR China (Oktober 1964) geschehen.

*„Die Atomwaffe zeigt die Doppelbödigkeit all dessen, was Menschen im Namen des Fortschritts oder der Selbstbehauptung tun.“*

Man mag heute mit einem gewissen Respekt an den Protest der 18 angesehensten deutschen Physiker zurückdenken, die sich am 12. April 1957 gegen die Aufstellung nuklearer Gefechtsfeldwaffen in Deutschland positionierten. Man mag in den 70er Jahren Carl Friedrich von Weizsäcker bewundert haben, diesen vornehmen Mann, der unermüdlich gepredigt hat, der Weltfriede sei die Überlebensbedingung des technischen Zeitalters und deshalb müssten die Atomwaffen abgeschafft werden. Doch er selber hat prominent am Atomwaffenprogramm Hitlers mitgearbeitet. In

seiner Person zeigt sich die Doppelbödigkeit und Irrtumsanfälligkeit eines Wissenschaftlers, der heikle Kompromisse einzugehen bereit ist, um Schlimmes zu verhindern. Leider hat er keine realistischen Vorschläge gemacht, sondern ist bei Deklamationen geblieben, mit gefälligen Worten und vor meist großem Publikum.

Zur Doppelbödigkeit der Atombombe gehört ihr abschreckender und selbstabschreckender Charakter. Seit 1945 wurde keine Atombombe mehr kriegsmäßig eingesetzt. Es gibt Gründe zur Annahme, dass es nach den Terroranschlägen in der indischen Wirtschaftsmetropole Mumbai im Nov. 2008, die von Pakistan ausgingen, zu einem konventionellen Krieg zwischen den beiden verfeindeten Ländern gekommen wäre. Wäre, wenn die Atombomben beider Staaten nicht für eine wirksame Selbstabschreckung gesorgt hätten.

Von Anfang an wurde die Atomangst in Deutschland von den unterschiedlichen linksextremen und kommunistischen Gruppierungen mit Steuerung teilweise aus der DDR genutzt, um gegen die USA als Hersteller dieser Waffen, die ab 1958 nach Deutschland kamen, zu agitieren. Wenigstens waren die Akteure ehrlich und haben auf ihre Plakate geschrieben: „Lieber rot als tot.“

Die Atomwaffe war und ist bis heute ein psychologisches Kampfmittel, das auf die Moral unserer Bevölkerung zielt. Nachdem es vergleichbare Anti-Atom-Aktivitäten im Ostblock nicht gab, diente die Propaganda in Westen letztlich der Unterwerfungsbereitschaft unter die sowjetischen Machtansprüche. Im Nachrüstungsstreit von 1980 bis 1983 stand eine östliche Abrüstung nie zur Diskussion, sondern nur das Nein zur westlichen Nachrüstung. Man weiß längst, dass östliche Geheimdienste, für Deutschland war die Stasi zuständig, die zahlreichen Antinachrüstungs-Gruppierungen mit Geld und Propaganda und eigenen kommunistischen Kadern massiv unterstützten, so auch die Gründung der Gruppierung „Generäle für den Frieden“.

„Die Atomwaffe war und ist bis heute ein psychologisches Kampfmittel.“

Entgegen den Lügengeschichten auch kirchlicher Kreise hat die „Friedensbewegung“ die von der NATO geforderte doppelte Nulllösung nie unterstützt, im Gegenteil. Gen. a.D. Gert Bastian („Generäle für den Frieden“) reiste seit 1981 durchs Land, von Veranstaltung zu Veranstaltung, und führte mit großer Leidenschaft aus – ich habe das selber miterlebt – dass kein sowjetischer General einer doppelten Nulllösung zustimmen könne, weil dadurch die berechtigten Sicherheitsinteressen der Sowjetunion beeinträchtigt werden würden.

Diese Vorgeschichte sollte man kennen, wenn man sich jetzt mit den Aktivitäten zugunsten des fraglichen Vertrags beschäftigt.

Diese Vorgeschichte sollte man kennen, wenn man sich jetzt mit den Aktivitäten zugunsten des fraglichen Vertrags beschäftigt.

### Jonas Schneider (SWP) redete Klartext

Jonas Schneider von der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin) hat am 22. Januar 2021, am Tag, als der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten ist, auf der Homepage von SWP eine kurze, aber überzeugende Analyse vorgelegt. Er rät vom Beitritt Deutschlands zu diesem Vertrag mit drei überzeugenden Argumenten ab, die man auch in kirchlichen Kreisen endlich ernst nehmen sollte.

1. Keine der bisherigen Atommächte und auch nicht die inoffiziellen denken daran, ihre Atomwaffen abzuschaffen. Sie und ihre Verbündeten haben deshalb den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterschrieben und werden es auch künftig nicht tun.
2. Nur in westlichen Öffentlichkeiten kann offen gegen Herstellung und Lagerung der eigenen Atomwaffen, bzw. der von

Verbündeten, geschrieben und demonstriert werden. In der VR China und in Russland ist das nicht möglich. Dort gibt es keinen zivilgesellschaftlichen, politischen Druck gegen die eigene Atomwaffenpolitik. „Moskau und Peking erkennen wohl das Potential des Verbotsvertrags, Streit in die NATO und die US-Allianzen in Asien zu tragen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure hinter dem Verbotvertrag wischen diese Risiken beiseite.“ Das dient im Ergebnis nur Moskau und Peking. Man kann ergänzen: Es dient auch Nordkorea und dem Iran.

3. „Die dritte Realität ist: Ein deutscher Beitritt zum Verbotvertrag würde dessen außen- und sicherheitspolitische Kerninteressen beschädigen. Denn nukleare Abschreckung spielt nach wie vor eine zentrale Rolle für Europas Verteidigung, Deutschlands Sicherheit und die europäische politische Ordnung.“ Deutschland als NATO-Mitglied sei kein neutrales Land, könne also auch keine Vermittlerrolle zwischen den beiden Lagern übernehmen.

### Tom Sauer pro Verbotvertrag

Tom Sauer hat sich in seinem Beitrag „Zeit zum Abschied von der Bombe“ (zursache.bw 2/2020, S. 66-68) für den angesprochenen Verbotvertrag stark gemacht, ohne ein einziges plausibles Argument für ihn anzuführen. Ausführlich geht er auf dessen nähere Vorgeschichte ein und schildert die bisherige Weigerung der klassischen Atommächte, ihre Verpflichtung aus dem Atomwaffen-sperrvertrag, nämlich ihre Nuklearwaffen abzurüsten, zu erfüllen. Dies zu erwarten war schon immer mehr Wunschtraum als realistische Aussicht. Sogar der jetzige starke Mann Nord-Koreas, Kim Jong-Un, hatte dem ehemaligen US-Präsidenten Trump einen entsprechenden Vorschlag gemacht, aber nie etwas getan, um das Angebot atomarer Abrüstung mit Glaubwürdigkeit zu versehen. In Herrn Trump hatte er keinen vernünftigen Widerpart.

Tom Sauer schildert im zweiten Teil seines recht kurzen Beitrags die angeblich positiven Folgen des Abkommens. Er verweist auf die Einstellung der katholischen Kirche, die Besitz und Gebrauch atomarer Waffen inzwischen für unmoralisch erklärt hat. Als ob das in Peking und Neu-Dehli irgend jemanden beeindrucken kann. Er macht sich auch Hoffnungen, dass z. B. Banken durch zivilgesellschaftlichen Druck veranlasst werden können, „Investitionen in diesen Bereich zu stoppen“.

Darauf ist mit Jonas Schneider zu antworten, dass Russland, die VR China, Nordkorea diesem zivilgesellschaftlichen Druck nicht ausgesetzt sind und ihre Atomwaffenmodernisierung ungestört weiterführen können.

Die Ausführungen von Tom Sauer sind erstaunlich unterkomplex und politisch naiv. Das zeigt sich auch angesichts von zwei Sachverhalten, die bei Jonas Schneider noch fehlen.

### Wie soll die vollständige atomare Abrüstung kontrolliert werden?

Jenseits der Frage nach der Wahrscheinlichkeit, ob alle Atommächte – die offiziellen und die nichtoffiziellen – eine völlige gemeinsame Denuklearisierung akzeptieren werden, muss das Verifikationsproblem angesprochen werden.

Eine solche Abrüstung muss unter Kontrolle geschehen. Kleine atomare Gefechtsköpfe, z. B. Bomben, lassen sich in Waldgebieten, Wüsten, Gebirgen usw. verstecken, auch dann noch, wenn die großen Raketensilos längst gesprengt sind. Bis 1987 sollen US-Atomminen in der Nähe der innerdeutschen Grenze gelagert gewesen sein, in einem sehr überschaubaren Depot, recht kleine Sprengkörper und leicht zu transportieren. Wie soll ein Überwachungsregime aussehen, das den anderen bisherigen Atommächten die Gewähr bietet, dass sie nicht doch



von einem Tag zum anderen mit einer atomaren Drohung eines alten Gegners konfrontiert werden?

In bisher einmaliger Weise hat der Weltsicherheitsrat 1999 dem Irak unter Saddam Hussein ein internationales Verifikationsregime UNMOVIC aufgezwungen, um die evtl. Lagerung und weitere Produktion von ABC-Waffen aufzuspüren, also zu verhindern. Hans Blix war dessen Leiter. Man erinnere sich, wie von November 2002 bis Mitte März 2003 unter massivstem amerikanischen Interventionsdruck Inspektionsteams im Land umherreisten und Verdachtsprüfungen an selbst ausgewählten Objekten vornahm. Man machte keine verdächtigen Beobachtungen, aber angebliche Enthüllungen in Medien und vermeintliche Beweise der USA, auch Großbritanniens, sorgten für ein internationales Klima des Misstrauens.

Es ist unvorstellbar, dass nur eine der Großmächte über einen längeren Zeitraum hinweg ein vergleichbar rigides Überwachungsregime auf eigenem Boden akzeptieren würde.

#### **Wäre eine Welt ohne Atomwaffen eine friedlichere Welt?**

Die Antwort darauf lautet: Nein. Seit Ende des Kalten Krieges alter Form, seit 1990 also, haben sich neue und immer häufigere Konfliktformen ausgebildet, die mit dem alten Großmächtekonflikt und dem neuen „Kalten Frieden“ nichts zu tun haben. Staatszerfallsprozesse, wie sie im europäischen Raum auf dem Balkan zu beobachten waren, Nachfolgekriege in den neuen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, innerstaatliche Konflikte in Afrika, gescheiterte Staatsbildungen nach der Entkolonialisierung, um nur einige Erscheinungen zu nennen, haben zu schweren humanitären Katastrophen mit Millionen Toten (v.a. Kongo,

Sudan, Somalia) geführt. Der Bürgerkrieg in Syrien zeigt die dramatische Rückkehr konventioneller und irregulärer Kriegsführung. Geschätzt 600.000 Menschen sind ihm bisher zum Opfer gefallen, auch durch Giftgas.

Um es etwas plakativ zu sagen: Die Menschen haben seit Beginn ihrer staatlichen Geschichte vor ca. 5000 Jahren immer verstanden, sich gegenseitig zu bekriegen und sich das denkbar Schlimmste anzutun. Man muss kein eingefleischter Clausewitzianer sein wie Herfried Münkler, um darauf hinzuweisen, dass nichts dafür spricht, in absehbarer Zeit ein Ende der Institution Krieg erwarten zu können. Das Ende der Atomwaffen würde an dieser traurigen Realität nichts ändern.

Ich habe auf die beiden alten Feinde Pakistan und Indien schon hingewiesen. Ohne Atomwaffen könnte sich der handfeste alte Territorialkonflikt (Kaschmir) bei neuer Konfliktlage, z. B. durch Terroraktivitäten, schnell zu einem konventionellen all-out-war entwickeln. Fällt die konfliktstabilisierende Wirkung der bisherigen Atomwaffen weg, dann schwindet auch die Selbstabschreckung durch diese Waffen und konventionelle Waffengänge wären kalkulierbarer. Eine Welt ohne Atomwaffen wäre also eher eine noch gewalttätigere Welt als sie jetzt schon ist.

Ich trage zwei weitere Überlegungen vor.

#### **a.) Der Funktionsverlust der großen Atomwaffen**

Gegenläufig zu dem bisher Gesagten scheint mir eine neuere Entwicklung in der Nuklearstrategie nicht nur der USA bedeutsam. Nach langer Ruhepause in der Obamazeit haben die USA begonnen, ihre Atomwaffen zu modernisieren. Die großen Wurfgewichte verlieren dabei an Bedeutung, weil die USA die großen Bevölkerungszentren in Russland und China und anderwärts aus verschiedenen Gründen nicht mehr großflächig bedrohen.

Die Entwicklung geht in Richtung kleinerer Wurfgewichte, die zur Bekämpfung hochwertiger militärischer Ziele dienen, die

durch verbesserte Technik punktgenau getroffen werden können, anders als noch in den 80er Jahren.

Was mir sehr bedeutsam für die Zukunft erscheint: Um zu erreichen, was man während des Kalten Krieges die „strategische Lähmung des Gegners“ als Ziel eines atomaren Einsatzes genannt hat, kann man heute u.U. schon mit konventionellen militärischen und nichtmilitärischen Mitteln erreichen. Ich meine die Revolutionierung der Kriegsführung durch High-Tech-Waffen, v.a. die Verfügbarkeit hochpräziser Marschflugkörper. Die nichtmilitärischen Bedrohungen, v.a. durch Cyberwar, haben ganz neue Dimensionen geschaffen und die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Hinzu kommt die Möglichkeit, aus dem Nichts zuzuschlagen und als Urheber zumindest eine zeitlang unerkannt zu bleiben. Die terroristische Bedrohung ist noch einmal eine andere Front, an der staatliche und nichtstaatliche Akteure mitmischen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die rasante Entwicklung und Verbreitung der Drohnentechnik.

Beispiel Iran: Das Land verfügt über keine Luftwaffe mehr, besitzt aber die mit Abstand stärkste Luftmacht im ganzen Raum NMO, vermutlich mit mehr Potential als die hervorragende israelische Luftwaffe. Kein Land hat ein so breites und erprobtes Arsenal an Drohnen, auch Kamikaze-Drohnen und Marschflugkörpern über Entfernungen bis zu 2000 km. Proxy-Kräfte stehen ununterbrochen für Schläge von fremdem Territorium aus bereit, die Huthis, die die saudische Hauptstadt Riad seit Januar 2021 in kurzen Abständen angreifen, die Hisbollah, die nach eigenen Angaben Tel Aviv und Haifa in wenigen Minuten plattmachen kann. Das sehen die israelischen Militärs genauso. Nun ist Israel ein sehr kleines Land ohne strategische Tiefe. Trotz der besten Armee im weiten Umkreis und seiner enorm leistungsfähigen Luftwaffe mit einer hervorragenden Flugkörperabwehr ist das Land gegen die Bedrohung durch Iran/Hisbollah nicht verteidigungsfähig. Schwarmangriffe mit iranischen Waffen, mit Kurzstreckenraketen und Marschflugkörpern, sowie Kamikazedrohnen, evtl. auch mit Bodenoperationen von Hisbollah-Kämpfern aus unentdeckten Tunneln können das Land strategisch lähmen, wobei ihm seine Atomraketen nichts nützen.

Darüber hinaus stehen schiitische Terrorgruppen in vielen Ländern der Erde für Aktionen bereit. Solche Fähigkeiten haben ansonsten nur größere Mächte. Die Erpressungsmacht des Iran ist jetzt schon enorm und das, ohne eigene Atomwaffen, die aber in absehbarer Zeit vorhanden sein dürften. Die Zweitschlagfähigkeit des Iran bei einem großen, sogar atomaren Angriff Israels auf iranische Städte besteht in der Zerstörungsmacht der Hisbollah.

Der Mullahstaat strebt Nuklearwaffen also nicht an, um Israel in Schach zu halten, sondern im Blick auf seine vielen anderen regionalen und weiteren Feinde und wohl auch aus Prestigegründen.

In anderer Weise kann Russland inzwischen den Westen strategisch sehr hart schlagen.

Putin-Russland könnte beim politischen Willen in einem speziellen Konflikt, EU-Europa strategisch zu lähmen, nichtnukleare Optionen erwägen, z. B. die Zerstörung der transatlantischen Glasfaser-Kabel. Zu diesem Zweck soll die russische Marine bereits über ein neues U-Boot verfügen, das tiefer als 1000 m tauchen kann und Ausrüstung zur Zerstörung der Seekabel mitführt. Gleichzeitige Angriffe auf die US-Kommunikationssatelliten im All und massive Cyberwar-Schläge könnten eine strategische Lähmung der europäischen Staaten herbeiführen, für die früher Atomwaffen benötigt worden wären.

Der Funktionsverlust der Atomwaffen geht einher mit der neuen Ära großer Unübersichtlichkeit, was die modernen

Gewaltformen und Gewaltinstrumente angeht und die für moderne Industriegesellschaften desaströs sind. Die illegale Massenmigration hat eine zusätzliche Bedrohung geschaffen.

Diese neuen insbesondere nichtmilitärischen Konfliktformen und die Entwicklung neuer Waffensysteme haben mit der Existenz der Atomwaffen nichts zu tun.

Mit den bisherigen Erwägungen habe ich aufgezeigt, dass alle denkbaren Erwägungen, das Aus für Atomwaffen würde eine friedlichere Welt bringen, illusorisch sind. Wir Europäer leben in einem Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, wie Herfried Münkler verschiedentlich und überzeugend dargelegt hat, und die Terrorangst dürfte bei vielen Zeitgenossen an die Stelle der früheren Atomangst getreten sein.

## **b.) Die neue Funktion russischer Atomwaffen**

Insbesondere auf russischer Seite haben die neuen Atomwaffen eine neue Funktion erhalten.

Russland entwickelt Mittelstreckenwaffen, die konventionell und atomar bestückbar sind und damit wieder weite Teile des EU-Gebiets bedrohen. Auf Seiten der NATO gibt es keine irgendwie vergleichbaren militärischen Gegenmaßnahmen, Folge der gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen. Es gibt m.W. auch keine erfolversprechenden Verteidigungsmaßnahmen und Konzepte für neue Waffensysteme.

Das eröffnet Russland neue militärische Optionen und einen anderen Gebrauch der neuen und modernen Atomwaffen.

Putin-Russland benötigt kein umfangreiches Nuklearwaffen-Dispositiv, denn es wird von der NATO in keiner Weise bedroht. Die neuen Atomwaffen sind keine Abschreckungswaffen, sondern dienen ausschließlich der nuklearen Erpressung, um – wenn politisch genehm – z. B. die baltischen Staaten ohne Krieg besetzen zu können. Die Androhung z. B., über Warschau oder Berlin eine Atombombe zu zünden, falls dem russischen Einmarsch Widerstand entgegengesetzt wird, würde zur sofortigen Handlungsunfähigkeit der NATO führen. Menschenmassen würden auf den Straßen in Polen, Deutschland etc. sofortige und volle Neutralität verlangen, Folge des fehlenden Selbstbehauptungswillens und fehlender Solidarität, von Feigheit, Angst und Unterwerfungsbereitschaft immer größerer Teile insbesondere der deutschen Gesellschaft.

Putin-Russland müsste bei einem Angriff auf das Baltikum keine nennenswerten militärischen Risiken mehr eingehen.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung, die jetzt das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags hierzulande feiert, unterstützt durch ihre Aktionen die Atomwaffenpolitik Russlands, Chinas, Nordkoreas usw. und schadet damit fundamental den europäischen Sicherheitsinteressen, worauf Jonas Schneider zu recht hingewiesen hat.

## **Schlussbetrachtung: Der symbolische Kampf gegen die Atombombe**

Ich glaube nicht, dass die vielen Streiter für die vollständige Abschaffung der Atombomben intellektuell unfähig sind, die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühung zu erkennen, sowie die politische Unmöglichkeit eines wirksamen Verifikationsregimes. Will man diese politischen Kräfte verstehen, muss man versuchen, eine sozialpsychologische Sicht einzunehmen und dabei beachten, dass alle bisherigen Friedensbewegungen seit den fünfziger Jahren die sowjetischen Atombomben m.W. nie kritisiert haben.

„Die nichtmilitärischen Bedrohungen, v.a. durch Cyberwar, haben ganz neue Dimensionen geschaffen und die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt.“

In der Anti-Nachrüstungsbewegung ab 1980 ist das besonders deutlich geworden.

Mir leuchten Einschätzungen ein, dass wir es mit einem fortwirkenden Nachkriegstrauma zu tun haben, mit der psychischen Last des Krieges sowie den vielen unbearbeiteten Fragen nach deutscher Schuld und erlittenem eigenen Leiden. Sehr viele Angehörige der Nachkriegsgeneration wollen weder neue Täter noch neue Opfer sein. Man sollte von dem verbreiteten tiefen Bedürfnis ausgehen, sich aus den Händeln der Großmächte herauszuhalten und ein ruhiges Leben führen zu können. Der alte CSU-Streiter Peter Gauweiler hat vor einiger Zeit wortgewaltig alle diejenigen verteidigt, die Deutschland ganz als Handelsnation sehen und aus ihm eine größere Schweiz machen wollen. Etwas besseres könne uns nicht passieren, schrieb er.

Viele Beobachter sprechen von einem inzwischen tief verwurzelten Pazifismus der Deutschen, was auf einer Verwechslung beruht. Zur Ehrenrettung der großen pazifistischen Persönlichkeiten vor und nach dem Ersten Weltkrieg muss gesagt werden, dass Pazifismus etwas anders ist als Bequemlichkeit, Konfliktscheu, Wegschauen und Feigheit. Dieser vermeintliche deutsche Pazifismus wendet sich weniger gegen die Bundeswehr, sondern gegen alles, was als militärisch gefährlich eingeschätzt wird.

Die Atombombe ist dabei zum Haupt-Symbol für alles existenziell Bedrohliche geworden. Sie bietet eine riesige Projektionsfläche für Ängste an. Die Atombombe und die USA als Hersteller gehören eng zusammen. Leider haben die USA in der Nachkriegszeit durch ihre schmutzige Hinterhofpolitik in Mittel- und Südamerika dem alten antiliberalen Antiamerikanismus reichlich Futter geliefert. Die Bestialitäten im Vietnamkrieg heizten die Amerika-feindliche Stimmung in Teilen der deutschen Öffentlichkeit – rechten wie linken – weiter an. Deshalb gehört der Kampf gegen den Atomtod und der Antiamerikanismus in der zeitgeschichtlichen Entwicklung Deutschlands zusammen.

Diese Sichtweise würde erklären, weshalb die sowjetischen Atomwaffen politisch so seltsam unbeachtet blieben. Ich kann mir auch vorstellen, dass heute, in der Zeit des Kalten Friedens mit Russland, die psychologischen Projektionen

„Die zivilgesellschaftliche Bewegung, die den Atomwaffenverbotsvertrag feiert, unterstützt die Atomwaffenpolitik Russlands, Chinas, Nordkoreas.“

weitergehen, aber mit anderem Inhalt. Ich denke an die immer unübersichtlichere moderne technische Welt mit schweren Lasten und Bedrohungen, die mental nur schwer zu bearbeiten sind: Die Weltfinanzkrise 2008, die Eurokrise nach 2010, die Sackgasse der EU mit der Last der neuen Mitglieder, die fast nur Probleme bereiten, die technische Entwicklung hin zu einer digitalen Welt, die beruflichen Schwierigkeiten gerade junger Menschen, die Orientierungsprobleme in einer immer stärker individualisierten Welt, die Auflösung religiöser Prägungen und damit der Werte stellen Überforderungen dar. Die Angst vor der Klimakatastrophe dürfte gegenwärtig von verschiedenen politischen Lagern am stärksten bedient werden.

In dieser Lage sollte man von der Breite der Bevölkerung kein differenziertes Verständnis für sicherheitspolitische Probleme erwarten. Das Interesse daran ist nach Umfragen seit langem sehr gering.

Viele Menschen wählen deshalb den nach Freud nicht grundsätzlich falschen Weg der Verdrängung. Andere verfallen in Depression und Angst.

Wieder andere treten an die Öffentlichkeit und wählen den Weg des symbolischen Aktionismus: Der Kampf gegen die Atombombe geschieht dabei aus den geschilderten starken psychischen Antrieben, ohne einen Gedanken an die politische Realität verschwenden zu müssen. Wenn die Atombomben verschwinden, die amerikanischen in erster Linie, so vielleicht die kaum bewusste Hoffnung, wird das Leben auch für mich leichter und die Welt wird friedlicher.

Das aber ist nichts weiter als eine Illusion, eine Illusion, die leider mehr Schaden anrichtet als nützt. Sie schwächt unseren Selbstbehauptungswillen gegen die neue russische Bedrohung und verdrängt die andere Wirklichkeit der neuen Kriege und Gewaltformen.

Die Vernünftigen in Deutschland sollten diese Droge des Atomwaffenverbotsvertrags als solche benennen.



*Gerhard Arnold,*

ist evangelischer Theologe sowie friedensethischer und zeitgeschichtlicher Publizist.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





## *Was steckt eigentlich hinter dem „Gendersternchen“?*

*Dr. Hans-Gerd Krabbe*

**M**an könnte belustigt auf das sog. „Gendersternchen“ reagieren, es als harmlos einschätzen und als „Mode-Gag“ oder es leichtfertig als Luxusproblem oder als Unfug abtun. Entsprechendes gilt für die Unterstriche, die Schrägstriche oder für den Doppelpunkt im Wort (z. B. „Christ:innen“). — Man könnte darüber schmunzeln, wenn die Anrede nicht mehr lautet: „Sehr geehrte Damen und Herren“, sondern: „Liebe Menschen“. — Man könnte amüsiert darüber sein, wenn Nachrichtensprecher in Radio und Fernsehen eine ganz kurze Sprechpause mit anschließendem Glottisschlag einlegen, um das „Gendersternchen“ zu betonen. — Man könnte sich die Augen reiben, wenn nun in jeder Stellenausschreibung hierzulande das Kürzel „m/w/d“ („divers“) erscheint. — Man könnte nachfragen, wie viele verschiedene Geschlechter es denn nun gibt in der „sexuellen Vielfalt der Geschlechter“: noch über LSBTTIQ hinaus (d.h. lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Ausprägungen von Sexualität). — Man könnte überlegen, welche Folgen es hat, wenn die Geschlechterpolarität im Sinne einer angestrebten „Geschlechtergerechtigkeit“ aufgelöst werden soll.

Wenn die biologisch vorgegebene Geschlechterordnung bis zur Belanglosigkeit dekonstruiert werden soll.

Wenn biologische, anatomische, hormonelle, psychische Unterschiede zwischen Mann und Frau einfach geleugnet werden. Wenn naturwissenschaftliche Ergebnisse (etwa in der Hirnforschung) missachtet werden. Wenn „sexuelle Vielfalt“ nicht

nur zu respektieren und zu tolerieren, sondern gar uneingeschränkt zu akzeptieren sei: gibt es dann überhaupt noch irgendwelche Tabus, irgendwelche Grenzen sexueller Praxis? — Man könnte wissen wollen, wer denn nun diskreditiert wird, wenn statt der Bezeichnungen von Mutter und Vater die Bezeichnungen „Eltern 1“ und „Eltern 2“ eingeführt werden sollen (so der Europarat im Dokument 12267 vom Okt. 2010). Was es bedeutet, wenn für „Regenbogenfamilien“ eine „dritte Elternschaft“ eröffnet werden soll (man bedenke dagegen: Gen. 9,12–17). Wenn die Leihmuttertschaft auch hierzulande legalisiert werden soll. Wenn „das Menschenrecht auf Abtreibung“ beschlossen wird (so die Empfehlung des Europaparlaments 2015 an die Mitgliedsstaaten, wobei dieses Recht allerdings von einem jeden einzelnen Mitgliedsstaat erst eigens ratifiziert werden muss). — Man könnte erbost reagieren über die Diffamierung der traditionellen Mutter(rolle/schaft), die Entmutterung der Frau, die Abschaffung der Vollzeitmutter: schließlich müsse die Fixierung auf soziale Rollen wie Mutter und Hausfrau überwunden und jede Frau in die außerhäusliche Arbeitswelt integriert werden. — Man könnte entsetzt sein über die beabsichtigte Abschaffung der Elternrechte über ihre Kinder (dagegen: Art. 6,1.2.4 GG), über die Verabschiedung der klassischen Familie („ein Auslaufmodell?“) als „Säule der staatlichen Gemeinschaft“ und über die Propagierung heterogener Patchwork-Lebensformen und polyamorer Beziehungen (als Zukunftsmodell?). — Man könnte befremdet und irritiert sein über die Vergenderung

der Sprache, über die Verunglimpfung der deutschen Sprache, über die Sprachverwirrung und nach der Lesbarkeit fragen: der Mensch, „die MenschIn“, „die Christ\*innenmensch\*innen“, die „Elter\*innen“, „die Kinder\*innen“ / „die Engelin“ / „die Nächstin“ / der „Meerjungmann“. — Man könnte sich abwenden, wenn die Anrede in einem Wahlwerbebrief geschlechtsneutral korrekt formuliert lautet: „An alle Wahlinteressierten im Hause“ (statt „Wählerinnen und Wähler“ zu schreiben). — Man könnte dagegen protestieren, wenn Bachelor- und Masterarbeiten gendergerecht abgefasst werden müssen.

Wird der männliche Vorname „Hermann“ verboten, wird aus der Frauke die „Mannke“? Wird aus der Fußgängerzone die Flaniermeile, werden aus Studenten nun Studierende, um nur ja nicht irgendjemanden zu diskriminieren, wobei Unterschiede in Begriff und Sache schlicht übergangen werden? Wird aus dem Papagei die „Mamagei“? Wird aus der Muttermilch: „Milch vom Menschen“ (FAZ, 20.02.2021, 11)? Soll zukünftig vom „gebärenden Elternteil“ (FAZ, s.o.) die Rede sein und von „Oberkörperfütterung“ (so der Leitfaden der Universitätskliniken des britischen Gesundheitsdienstes in Brighton und Sussex) (als ob es beim Stillen um feste Nahrung ginge)? Was wird aus dem Weihnachtsmann, was aus den Stiefmütterchen, was aus „dem Weib“, was aus der Muttersprache, was aus dem Vater-unser-Gebet? Was soll's, wenn „die Katholische Studierende Jugend“ („KSJ“) Gott mit „Gendersternchen“ schmücken will? Also (?): Gott\*in oder Gött\*in (?) mit was für einem bestimmten Artikel? Wann wohl folgt aus der Gottesanrede: „HERR“ konsequent gegendert die Anrede: „Herr\*in“? Wer die Bibelstelle Gal. 3,28 heranzieht (»weder Mann noch Frau«) und gendergerecht umfunktionieren will, der sollte erinnert sein dürfen an eine saubere biblisch-theologische Exegese und dabei den Bezug zur Taufe bemerken.

Man könnte an den „Turmbau zu Babel“ (Gen. 11,1-9) denken: „dass keiner mehr des anderen Sprache verstehe“. — Man könnte überrascht sein, wenn die Duden-Online-Redaktion auf das Gendern von Sprache hereinfällt und sich für die Einführung einer geschlechtsneutralen Sprache verwendet. Immerhin jedoch wurde im März 2018 durch den Bundesgerichtshof letztinstanzlich festgehalten, dass sich die Bezeichnung: „der Kunde“ im Sinne des generischen Maskulinums auf Menschen jeden Geschlechts bezieht. Wer sich nun aber über das generische Maskulinum auslässt, der wird doch sicher auch um das generische Femininum wissen.

Die Klage, wonach eine Frau als „Kundin“ angeschrieben werden wollte, wurde vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. — Man könnte die gendersensible Anrede: „Herr Professorin“ (siehe Leipzig) mit Hohn und Spott bedenken. — Man könnte in der gendergerechten Sprache einen Beitrag sehen wollen für mehr Emanzipation und Gleichberechtigung („wenn's denn aber nur so wäre!“). „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (?), aber ja!

Doch hinter der pseudo-wissenschaftlichen Genderideologie verbirgt sich ein radikaler Ansatz (im Kampf gegen alles Männliche?) zur Umwandlung der bisherigen (Geschlechter-)Gesellschaft auf dem Weg hin zu einer sog. „fluiden Geschlechtlichkeit“: wobei bereits Jugendliche vom 14. Lebensjahr ab jährlich neu vor dem Standesamt festlegen können sollen, ob sie als männlich oder als weiblich gelten wollen (so ein Gesetzentwurf 2021 von „Bündnis 90/die Grünen“).

Jeder Mensch sei zunächst „geschlechtsneutral“, müsse sich sein Geschlecht selbst wählen, könne sein Geschlecht innerhalb

seines Lebens (mehrfach) wechseln. Nichts sei angelegt, alles sei wählbar, alles sei wandelbar, nichts sei festgelegt, alles sei anerzogen. Es gibt mehr als zwei Geschlechter, doch wie viele? Sechzig etwa oder mehr? Jetzt noch dient die Frau soz. als „Durchgangsstadium“, bis dass es wie angestrebt zur Auflösung (!) des bipolaren Geschlechterkonstrukts von Mann und Frau und zur Einführung eines pluralen Modells (angefangen in der „Ehe für alle“) mit vielfältigen Variationen von „sexuellen Orientierungen“ im Sinne „sexueller Vielfalt“ kommen soll. Ist dann noch klar, wer denn nun Vater und Mutter ist, wer für die Erziehung des Kindes verantwortlich ist? Droht da nicht ein gesellschaftliches Chaos? Was für ein katastrophaler Irrweg! Man will offen sein für alles, man will niemanden mehr diskriminieren, alle sollen gleich sein:

„Hinter der Gender-Ideologie verbirgt sich ein radikaler Ansatz zur Umwandlung der bisherigen (Geschlechter-) Gesellschaft.“

obwohl ein jeder Mensch ein unverwechselbares Original aus Gottes Schöpferhand ist / obwohl alle Menschen verschieden sind / obwohl sich ein jeder Mensch vom anderen unterscheidet, wofür nicht allein „der genetische Fingerabdruck“ Zeugnis ablegt.

Unabhängig davon, dass all dies aus der Genderideologie der biblischen Anthropologie widerspricht, wonach Gott (!) einen jeden einzelnen Menschen als männlich oder als weiblich erschaffen hat (Gen. 1,27) / wonach Gott Mann und Frau in ihrer Bipolarität komplementär zueinander angelegt hat, damit „die Zwei“ einander „Gehilfen zur Freude“ werden (vgl. Gen. 2,18 – Sir. 37,26) – Mk. 2,6.7 – Eph. 5,31), unabhängig davon, dass die Genderideologie antibiblische und antichristliche Züge in sich trägt — stellt sich schon die Frage, ob der Mensch in seiner apostrophierten Selbsterfindung, Selbstbestimmung, Selbstinszenierung, Selbstverwirklichung (der moderne Götze?) nur noch sich selbst verantwortlich ist und damit in seiner Autonomie alles tun und lassen können will, was ihm gefällt. Ob es bekommt, zu gewissen Zeiten als Mann und zu anderen Zeiten als Frau aufzutreten, je nach dem, was sich (auf dem Arbeitsmarkt / in der Frauenquote?) jeweils gerade als vorteilhafter erweist. Was für irritierende Verhältnisse! Was passieren könnte: Der jeweils betroffene Mensch wird seelisch desorientiert, deformiert, er wird traumatisiert, seine personale Identität wird zerstört, seine soziale Kompetenz in Mitleidenschaft gezogen. Wer nur kann so etwas wollen? Schließlich folgen operative und hormonelle Geschlechtsumwandlungen im großen Stil: auf dass Menschen dadurch glücklicher werden? Was wird dies schließlich für den Leistungssport bedeuten, wonach Männer- und Frauenwettbewerbe bisher voneinander getrennt durchgeführt wurden?

Was für ein gewaltiges Umerziehungsprogramm (zur Früh- und Pansexualisierung) der Gesellschaft schwebt da im Gendermainstream vor, ansatzweise über Bildungspläne! Was für ein Paradigmenwechsel! Muss die Kindererziehung (entgegen Art. 6,1.2 GG) vergesellschaftet werden? Der Staat „die Lufttheit über die Kinderbetten“ ausüben? Müssen bereits Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulen durch spezielle Fachleute „von außerhalb“ aufgeklärt werden? Angeleitet werden zu Sexübungen? Möglichst frühzeitiger Lustgewinn durch verschiedene Sexpraktiken? Abbau der Schamgefühle? Multi-sexuelle Vielfalt als pädagogisches Leitmotiv in Kindertagesstätte und Schule? Wer redet da (noch) vom Kindeswohl, wenn Kinderseelen derart geschädigt werden?

Man könnte wissen, dass sich „der Rat für deutsche Rechtschreibung“, „die Gesellschaft für deutsche Sprache“ („GfdS“), der „Verein deutsche Sprache e.V.“ („VdS“) (Stand 2019)



sechzehn weltweit führende DAX-Unternehmen gegen die Verwendung des „Gendersternchens“ entschieden haben. Aber die rot-grüne Bundesregierung befürwortete das „Gendersternchen“ und erklärte per Kabinettsbeschluss (am 23. Juni 1999) das Genderprogramm zum durchgängigen Leitprinzip im Rechts- und Bildungssystem, ohne dass es dazu etwa einer Bundestagsdebatte oder eines Parlamentsbeschlusses bedurft hätte. Immerhin bestehen in der Bundesrepublik nunmehr über 200 Lehrstühle für „Gender Studies“. Und: „Die Evangelische Kirche in Deutschland“ („EKD“) unterhält ein im April 2014 eingeweihtes eigenes Genderstudienzentrum in Hannover. Aber müsste nicht ganz neu das (biblisch-tradierte, wertkonservative) Leitmotiv von Ehe, Familie, Kind(ern) zum gesamtgesellschaftlichen Leitprinzip erhoben werden?

**„Es ist höchste Zeit, auch in Kreisen von Politik und Kirche zu intervenieren, Menschen mit gesundem Menschenverstand zu mobilisieren.“**

Gender — ein Begriff, der verschleiert. Stets aber geht's dabei ums Geschlecht(liche), wie auch immer. Dabei verwischen sich die Unterschiede zwischen dem biologischen, sozialen, kulturell geprägten Geschlecht. Ein erklärtes Ziel besteht darin, aus vermeintlich patriarchaler Unterdrückung zu befreien und: die „Heteronormativität“ der Gesellschaft zu überwinden. Weiß jemand schließlich noch, „was Sache ist“? Wohin der Zug der gesellschaftlichen Entwicklung unter Volldampf fährt?

Es ist wohl höchste Zeit, auch in Kreisen von Politik und Kirche zu intervenieren, Menschen mit gesundem Menschenverstand zu mobilisieren, die breite Öffentlichkeit aufzuschrecken, gegen das Diktat der Gendersprache (etwa in Universitäten und Hochschulen) vorzugehen, Anfeindungen (mit dem Vorhalt bzw. mit dem „Totschlagargument“, „homophob“, „transphob“, „fundamentalistisch“ zu sein) zu widerstehen: um Gottes willen und um eines jeden einzelnen Menschen willen! Sollen die tragenden und verbindlichen Grundlagen unserer Gesellschaft doch nicht preisgegeben werden!

Was Sie tun können? Diese Erklärung in Ihrem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis im Sinne freier Meinungsäußerung (nach Art. 5 GG) verbreiten und in einer seriösen Streitkultur für einen offenen Diskurs eintreten, in dem die Fakten klipp und klar benannt werden, ohne dass etwa diffamiert, diskreditiert oder gehetzt wird. Sachliche Kritik üben ohne Menschenscheu, etwa auch als Eltern in der Schule, wenn Kinder und Jugendliche im Unterricht zum Sex angeleitet werden sollen.

Was Sie ebenfalls tun können? Wo auch immer Ihnen das „Gendersternchen“ begegnet, dagegen aufbegehren, opponieren, die Stadtverwaltungen und Landratsämter, die Fernsehsender wie die Zeitungsredaktionen mit Rückfragen bedenken, derart etwa:

„Wissen Sie, welches Menschenbild und welche Ideologie sich hinter dem „Gendersternchen“ verbirgt? Was auf diesem harmlos erscheinenden Umweg schließlich erreicht werden soll? Welcher Ideologie Sie damit Vorschub leisten?“ — Um eine komplette Umgestaltung der Gesellschaft geht es, um die Identitätssuche jedes einzelnen Menschen nach einem Geschlecht eigener Wahl, um nichts weniger!“

Schließlich: Sollte die Verwendung des „Gendersternchens“ in amtlichen Verlautbarungstexten nicht juristisch überprüft werden (müssen): nämlich auf ihre Rechtmäßigkeit hin? Handelt es sich denn etwa nicht um Verstöße gegen das amtlich verbindlich festgelegte Regelwerk der deutschen Sprache? Als ob es freistünde, nach eigenem Belieben und Ermessen bestehende Sprachregeln zu verändern!



*Dr. Hans-Gerd Krabbe,*

ist pensionierter Pfarrer der Badischen Landeskirche und Buchautor.

# Das Ahlener Programm und der Markenkern der CDU

Das Ahlener Programm wird 75 und Ludwig Erhard 125 Jahre alt

Wolfgang Reeder

**W**esentliche Ursache des Niedergangs der CDU, sagen Wahlanalysen aus dem Jahr 2021, ist die fehlende Erkennbarkeit ihres Markenkerns. Ein neues Grundsatzzprogramm soll Erkennbarkeit neu begründen. Nun wird in diesen Tagen ein grundlegendes CDU-Programm 75 Jahre alt. Relevant nur für Historiker, für Feierstunden, nach denen wir wieder den Blick nach vorn richten, uns der Zukunft der CDU, einem neuen Grundsatzzprogramm, zuwenden? Nur – finden wir in Zukunftsszenarien Antwort auf Fragen wie: Warum heißt diese Partei eigentlich „Christlich“ Demokratische Union, nicht Partei, sondern Christlich Demokratische „Union“? Geburtstage sind Tage des Ausblicks und des Rückblicks, Tage der Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Geburtstag also: Am 3. Februar 1947 wurde eine programmatische Erklärung präsentiert, deren Bedeutung für die CDU bis heute umstritten ist. Von einer „Mumie“ sprach einst Franz Josef Strauß. Gegner der Union sahen im anschließenden Weg der CDU Restauration, Verrat an den progressiven Bekenntnissen des Programms.

- In welchem Zusammenhang steht das Ahlener Programm?
- Was ist Botschaft, „Markenkern“, des Programms?
- Was sagt das Ahlener Programm für die anstehende Reformation der CDU?

## Politischer Neuanfang im zerstörten Deutschland

Unmittelbar nach Kriegsende versammelten sich Menschen im Bewusstsein ihrer Verantwortung für ihr Land, im Willen zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands. Am 26. Juni 1945, gerade sechs Wochen nach dem Untergang des Nazireiches, veröffentlichten 35 Persönlichkeiten in Berlin einen „Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will“. Persönlichkeiten ganz unterschiedlicher politischer Herkunft hatten sich verständigt, die Mehrzahl dem Widerstand gegen die Naziherrschaft zu verbinden: Konservative und Liberale, Zentrums-Katholiken und Protestanten, Gewerkschafter und Publizisten. Was sie einte, formulierten sie in ihrem „Berliner Aufruf“: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unseres Volkes immer mehr erschließen.“ In vielen Teilen Deutschlands entstanden entsprechende Vereinigungen. Was sie verband, bei allen politisch-programmatischen Unterschieden, war das Bekenntnis zu einer Politik aus christlicher Verantwortung.

Die Christdemokraten sahen sich „vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“ (Berliner Aufruf). Benannten, was vorrangige Aufgabe politischen Handelns war: „Das unermessliche Elend in unserem Volke zwingt uns, die Aufgaben

unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, dass ... Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen ... klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“

Diese Positionierung christlicher Demokraten entsprach der aktuellen Notlage im zerstörten Deutschland. Und sie nahm eine historische Erfahrung auf: Vertreter der Schwerindustrie förderten im wilhelminischen Reich Autarkiestreben, imperialistische Tendenzen, Kriegsbereitschaft, während Vertreter der Leicht- und Konsumgüterindustrie Verständigung, offene Grenzen, Friedenspolitik vertraten. Rechtlich wurden „Wirtschaftliche Machtzusammenballungen“ ausdrücklich legitimiert: Das Reichsgericht entschied 1897, Kartelle seien Ausdruck von Eigentums- und Vertragsfreiheit.

Im Berliner Aufruf folgt im Übrigen dem Votum für eine – eng begrenzte – Verstaatlichung ein klares Bekenntnis zum Eigentum: „Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt“. Sozialbindung des Eigentums wird später im Grundgesetz stehen. Teile des Grundrechtskataloges des Grundgesetzes sind in demselben Monat im Juni 1945 in den „Kölner Leitsätzen“ der Christlichen Demokraten Kölns formuliert.

In weiteren programmatischen Erklärungen christlicher Demokraten in Städten und Regionen stehen entsprechende Positionen. Politisch konkretisiert und begrifflich konzentriert waren die „Politischen Leitsätze der Christlichdemokratischen Union, Stadtkreis Frankfurt a.M.“ vom September 1945: „Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage (...). Wie in seinen Zielen so soll auch in seinen Methoden der Sozialismus demokratisch und nicht diktatorisch sein.“

Nach den Erfahrungen mit wilhelminischem Kapitalismus und „private“ Rüstungsindustrie förderndem Nationalsozialismus entsprach der Begriff eines „christlichen Sozialismus“ den Überzeugungen vieler Christdemokraten. Wie aber sollte mit diesem Begriff die demokratische Auseinandersetzung mit einer sozialistisch auftretenden SPD gestaltet werden? Und wie angesichts zunehmender Unterdrückungsmaßnahmen in sozialistisch umgestalteter sowjetischer Zone?

„Ein neues und schöneres Deutschland aufzubauen auf dem unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur“, wozu die „Kölner Leitsätze“ aufriefen –

„Diese Positionierung christlicher Demokraten entsprach der aktuellen Notlage im zerstörten Deutschland.“

dazu war es nötig, Wahlen zu gewinnen, parlamentarische Mehrheiten zu erringen.

Eine in diesem Zusammenhang immer zu erinnernde, weil Gesinnungs- und Verantwortungsethik, Führungs- und Verwaltungserfahrung und strategisches Denken vereinende Persönlichkeit, war Konrad Adenauer in der CDU der britischen Zone. In seiner Vorstellung eines Programms wurde (a) der Begriff „Sozialismus“ nicht dem Selbstverständnis Christlicher Demokratie gerecht. Es mussten (b) zunächst die grundsätzlichen Ziele christlicher Demokratie, die Elemente christlicher Verantwortung in (c) praktische Ansätze zur Überwindung bedrängender Notlagen benannt werden. In diesem Sinne entstand – unter wesentlicher Mitwirkung Adenauers – das „Ahleener Programm“.

### Programm eines christlichen Sozialismus?

Wie alle Aufrufe/Leitsätze der unmittelbaren Nachkriegszeit, ist es das Positionspapier einer Regionalorganisation, der CDU der britischen Zone, formuliert mitten im Hungerwinter 1946/47. Die Wahrnehmung des Programms ist seitdem meistens auf den Programmbegriff „Gemeinwirtschaft“ und das Programmkapitel „Planung und Lenkung der Wirtschaft“ fixiert.

Anders als z. B. Kölner und Frankfurter Leitsätze desselben Jahres ist das Ahleener Programm auf das Wirtschaftssystem und die Wirtschaftspolitik konzentriert. Der erste Abschnitt: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Folgeaussagen erschweren allerdings eine Interpretation als „christlichen Sozialismus“: „Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit“, mit der politischen Aufgabe, „Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften,

privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.“

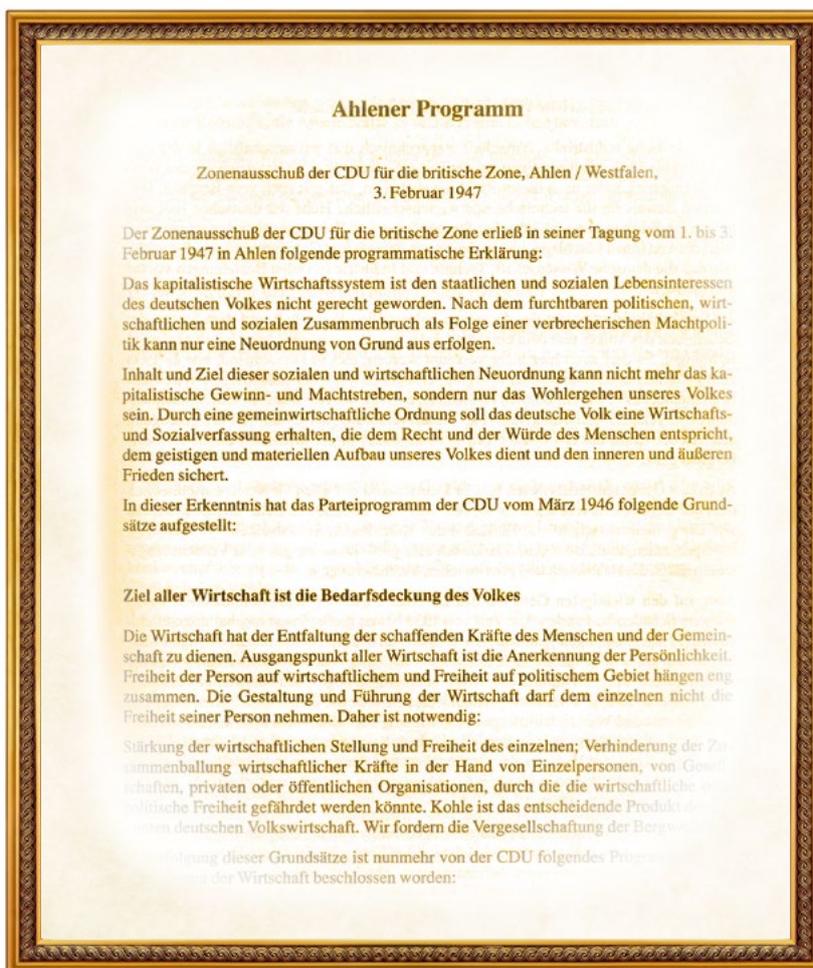
Nun wird im Programm die Beteiligung von „Staat, Land, Gemeinden (...) an Unternehmungen monopolartigen Charakters“ gefordert. Ökonomisch übersetzt geht es um Infrastruktur. Lange Zeit sprachen Ökonomen von „natürlichen“ Monopolen. Monopole, die in ihrer Mehrzahl inzwischen durch technische Entwicklungen aufgebrochen sind. Bei aller Staatstätigkeit muss laut Programm „vermieden werden, dass der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muss eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet, und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen lässt.“

Aber auch „Vergesellschaftung“ fordert das Programm: „Vergesellschaftung des Kohlebergbaus und der eisen-schaffenden Industrie“. Kohle ist (fast) einziger Energieträger im eiskalten Hungerwinter 1946/47. Eisen und Stahl: In der Orientierung der Schwerindustrie an imperialistischen Tendenzen und nationalsozialistischer Rüstungspolitik sah gerade auch Adenauer eine wesentliche politische Belastung. Deren Kontrolle entsprach zudem den Bedingungen der

Besatzungsmacht, wurde später überführt in die Grundlagen der Montanunion. Die wurde zur Keimzelle der Europäischen Union.

Ein eigenes Kapitel „Planung und Lenkung der Wirtschaft“ – ist das nicht sozialistische Programmatik? Hungerwinter 1946/47: Zerstörtes Land, hungernde, frierende, verletzte Menschen, zusammengedrängt in viel zu wenigen, notdürftig hergerichteten Räumen – die Menschen erwarteten zielgerichtete, planvolle Politik zur Überwindung alltäglicher Not: „Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit in erheblichem Umfang notwendig sein, (...) in Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage“. Planung und Lenkung also, soweit der Not geschuldet, zeitgebunden, „nicht als Selbstzweck“. Wie zeitgebunden, wie Erfahrungsgebunden diese Einstellung war, räumte der spätere CDA-Chef Hans Katzer elf Jahre danach ein: „Hätten wir 1947 in Ahlen einen Schimmer dessen gehabt, was an wirtschaftlicher Leistung möglich ist (...)“.

Das mögen einzelne, den wirtschaftlichen Ausnahmebedingungen eines darnieder liegenden Landes geschuldete Positionen sein. Doch im grundsätzlichen Eingangsabschnitt steht das Votum für eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“.



Selbstverständlich war Ablehnung des Kommunismus. Kapitalismus mit seinen Entartungen wurde in allen CDU-Programmen prägnant benannt, ausdrücklich abgelehnt. Elemente eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus wurden benannt. Sie sind mit dem Begriff „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ offensichtlich gemeint. Sozialbindung des Eigentums gehört zu dem, was hier gedacht ist. Für uns heute missverständlich formuliert, aber aus Zusammenhang und Positionen auch für dieses Programm erschließbar: Gemeint ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung mit dem Prinzip der Sozialbindung, der Dritte Weg, wenn auch noch nicht auf den Begriff gebracht.

Hervorgehoben wird im Ahlener Programm „das machtverteilende Prinzip (...), damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.“ Die wichtigste Konkretisierung des „machtverteilenden Prinzips“ jedoch wird nicht angesprochen. Zwar heißt es „in Industrie, Handel und Gewerbe ist die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln“, die „Möglichkeit der schöpferischen Initiative des Einzelnen“. Wesentliche Elemente von Marktwirtschaft werden angedeutet, selbst dieses Wort fehlt aber im Programm.

### Von „Gemeinwirtschaft“ zu Sozialer Marktwirtschaft

Am 3. Februar 2022 feiert das Ahlener Programm seinen 75. Geburtstag. Ein runder Geburtstag, folgt sogleich unmittelbar darauf am 4. Februar 2022: Ludwig Erhards 125. Geburtstag. 1947 wurden amerikanische und britische Zone zur wirtschaftlichen BiZone vereinigt. Die lenkungswirtschaftlich agierenden Briten mussten einsehen, dass sich die flexibler, stärker marktwirtschaftlich orientiert verwaltete amerikanische Zone deutlich dynamischer entwickelte. Wirtschaftsdirektor der BiZonen-Verwaltung wurde, unterstützt von CDU und Liberalen, Ludwig Erhard. Am 20. Juni 1948 wurde die Währungsreform eingeführt – von den amerikanischen Besatzern initiiert und dann von den drei westlichen Besatzungsmächten durchgesetzt. Ludwig Erhard verknüpfte die Währungsreform mit der Freigabe vieler bisher staatlich fixierter Preise. Die CDU lief mit der SPD Sturm gegen Erhards Entscheidung. Große Teile der Industrie waren dagegen; die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. Doch: Währungsreform und Preisfreigabe, also Durchsetzung von Marktwirtschaft, lösten die Blockaden wirtschaftlicher, unternehmerischer Dynamik.

Im Unterschied zu ihren Konkurrenten erwies sich die CDU schnell als lernfähig, verinnerlichte die praktische Erfahrung mit den allgemein unerwarteten Wirkungen der Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Politik. Das theoretisch-programmatische Rüstzeug marktwirtschaftlicher Politik war wenig verbreitet, existierte aber bereits bei Kriegsende:

Das Ahlener Programm war wesentlich geprägt von Positionen katholischer Soziallehre, institutionell vor allem im Rheinland beheimatet. Im Südwesten gab es einen evangelisch geprägten, von Dietrich Bonhoeffer in den letzten Kriegsjahren initiierten „Freiburger Kreis“ von Wissenschaftlern, die das Programm einer deutschen Nachkriegsordnung entwarfen. Dazu gehörte eine Gruppe von Nationalökonomern um Walter Eucken, die Grundlinien einer sozial verantworteten Marktwirtschaft formulierten – übrigens in einer durchaus bis auf Martin Luther zurückzuführenden Tradition sozialökonomischen Denkens im Protestantismus. Der protestantische Kultur- und Wirtschaftswissenschaftler

Alfred Müller-Armack nutzte den kursierenden Begriff „Soziale Marktwirtschaft“, um die Postulate von Marktwirtschaft und Sozialbindung zu verknüpfen und auf einen ebenso fundierten wie eingängigen Begriff zu bringen – von Ludwig Erhard zur Leitlinie seiner Politik gemacht. „Soziale Marktwirtschaft“ wurde 1949 mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“ zum wirtschafts- und sozialpolitischen Programm der CDU für die erste Bundestagswahl. Die Wirtschafts- und Sozialpolitiker der nun zusammengeführten CDU Deutschlands betrachteten diese Leitsätze nicht als Abkehr vom Ahlener Programm, als Gegensatz, sondern als einander ergänzend, mit Ausnahme des Kapitels „Planung und Lenkung“. Der Verbindung der christlich-liberalen und christlich-sozialen Positionen stimmte auch Ludwig Erhard ausdrücklich zu.

### Das Ahlener Programm von gestern und die CDU von heute

Was bedeutet die Beschäftigung mit dem Ahlener Programm für die Frage nach heutiger, zukunftsfähiger CDU-Programmatik für den Markenkern der CDU?

Die Wurzeln der CDU werden benannt als „christlich-sozial“, „konservativ“ und „liberal“. So in wissenschaftlichen Darstellungen. So im Selbstverständnis von Programmen und in oft wiederholten Positionen führender Politiker der CDU. Zuschreibung und Selbstverständnis freilich sind programmatisch falsch, sind historisch falsch. Die liberalen Beiträge sind – siehe die Positionen des Freiburger Kreises – Beiträge von Christlich-Liberalen. Die konservativen Beiträge sind Beiträge von Christlich-Konservativen, so wie die Betonung von Mittelstand, Handwerk, „Bauerntum“, Verweise auf das „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke), auf Familie als „Grundlage der Lebensordnung“ und auf Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind.

Christlich-sozial, christlich-konservativ, christlich-liberal – die Verbindung bis dahin getrennter politischer Strömungen weist die CDU als eine Partei neuen Typs aus. Die Namensgebung drückt den neuartigen Charakter aus: Nicht Partei, sondern Union. Und „Union“ bedeutete vor allem die Union von Katholiken und Protestanten. Angesichts wechselseitiger Attacken von Angehörigen beider Konfessionen im gesellschaftlichen Alltag war das eine damals ungewöhnliche Verbindung. Lange vor den Kirchen praktizierte die CDU-Ökumene.

Was Markenkern des Neuen der CDU war, haben die Frankfurter in ihren Leitsätzen vom September 1945 auf den

Punkt gebracht: „Die Menschen der christlichen Bekenntnisse werden nach einer Zeit gemeinsam erduldeten Leiden – unbeschadet der Verschiedenheit ihrer Lehren – auch weiterhin eine brüderliche Haltung zueinander bewahren und in dieser Partei zusammengehen.“ Markenkern: Unterschiedliche Lehren, geschwisterliche Haltung, Zusammengehen, Gemeinsamkeit politischen Handelns aus christlich geprägter Verantwortung.

Was bedeutet das für die CDU heute? Was bedeutet es für einen nicht Transformations-, sondern – Reformationsprozess? Die CDU muss sich nicht mehr oder weniger konservativ, mehr oder weniger sozial, mehr oder weniger liberal aufstellen. Sie muss die Einheit von Christlich-Konservativ, Christlich-Sozial, Christlich-Liberal begründend und politisch-praktisch repräsentieren.

Ich sag's persönlich: Einheit von konservativen, liberalen, sozialen Überzeugungen auf der Grundlage christlich geprägter Verantwortung: das ist meine politische Identität. Bedeutet: Ich bin konservativ. Halte Sicherheit, Recht und Ordnung für wesentliche

„Das Ahlener Programm war wesentlich geprägt von Positionen katholischer Soziallehre.“

„Christlich-sozial, christlich-konservativ, christlich-liberal – die Verbindung bis dahin getrennter Strömungen weist die CDU als Partei neuen Typs aus.“

Aufgaben unseres Staates. Sehe sie gefährdet durch dramatische Mängel in Personalausstattung, Datennutzung und Zusammenarbeit zuständiger Behörden, sowohl innerhalb unserer Grenzen als auch im europäischen Zusammenhang. Ich bin liberal: Halte Sicherung unternehmerischer, Sicherung wettbewerblicher Marktwirtschaft für wesentliche Aufgaben unseres Staates. Sehe sie gefährdet durch überbordende Bürokratie und dramatische Mängel in der Infrastruktur von Bildung, Verkehr, Informationstechnik, verursacht durch fragwürdige finanzielle Prioritäten und regionalen Egoismus. Ich bin sozial: Halte solidarische Sicherungssysteme und Garantie menschenwürdiger Existenzbedingungen für wesentliche Aufgaben unseres Staates. Sehe sie gefährdet durch eine wachsende Zahl nicht zielgenauer Sozialleistungen nach Gießkannenprinzip und durch mangelnde Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme. Ich bin mit einem Wort: Christdemokrat.

Was bedeutet das für Prozesse? Die CDU lebt vom ständigen Abgleich konservativer, liberaler, sozialer Positionen, bezogen auf gegenwärtige und künftige Herausforderungen, und zwar auf allen Ebenen der Partei. Diesen Prozess hat die CDU sträflich vernachlässigt, auf allen Ebenen. Mit Ausnahme sehr gelegentlicher (Grundsatz-)Programmdiskussionen hat sich die Partei ihre Agenden von parlamentarischen Tagesordnungen diktieren lassen, auf allen Ebenen. Flankiert von sich gegeneinander mehr und mehr abschließenden Vereinigungen und Gruppierungen.

#### Und was lehrt uns die Programmgeschichte der CDU?

I: Der Markenkern der CDU ist gleichermaßen christlich-liberal, christlich-sozial, christlich-konservativ. Ein ständig neu und offen austariertes Gleichgewicht dieser Elemente bestimmt das Alleinstellungsmerkmal der CDU.

„Die CDU ist eine nicht vorrangig programmatische Partei, sondern eine Union von Menschen, die das Bekenntnis zu einer Politik aus christlich geprägter Verantwortung eint.“

- II: Die CDU ist eine nicht vorrangig programmatische Partei, sondern eine Union von Menschen, die das persönliche Bekenntnis zu einer Politik aus christlich geprägter Verantwortung eint.
- III: Die CDU ist nur zukunftsfähig, wenn ihre liberalen, sozialen, konservativen Elemente in einem ständigen, auch für Nicht-Mitglieder offenen, praxisbezogenen Dialog auf allen Parteebenen verhandelt werden, und zwar in Hinsicht auf gegenwärtige und künftige ökonomische, soziale, technische Herausforderungen.

Ahlener Programm: Wenn wir bestimmen, wohin wir gehen, kann es hilfreich sein zu fragen, woher wir kommen. Gratulation der CDU also zum 75. Geburtstag des Ahlener Programms und zum 125. Ludwig Erhards.

#### Weiterführende Literatur:

*Die Entwicklung des Verhältnisses zum Sozialismus hat umfassend behandelt Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Stuttgart: DVA 1981*

*Die Diskussion um die Nachkriegsordnung wie auch die heute wieder behauptete Irrelevanz von Erhards Entscheidungen für das, was „Wirtschaftswunder“ genannt wird, habe ich behandelt in: Neubeginn oder verpasste Gelegenheit? Wirtschaftspolitische Entscheidungen in Nachkriegs-Deutschland. Abzurufen mit <w-reeder.de/wp-content/uploads/pdfarchiv/Neubeginn.pdf>*

*Martin Luther und Nachfahren als Erfinder Sozialer Marktwirtschaft? Habe ich mit zahlreichen Quellen belegt in: Reformation und Soziale Marktwirtschaft. In: Th.Rachel/Ch.Meißner (Hrsg.): Bewusst evangelisch. Von der Gegenwartsbedeutung der Reformation. Berlin: EAK 2017 abzurufen auch mit <w-reeder.de/wp-content/uploads/pdfarchiv/Reformation\_und\_SMW.pdf>*



*Wolfgang Reeder,*

ist Landesvorsitzender des EAK in Rheinland-Pfalz und Mitglied der EAK-Grundsatzkommission.



## Thomas Rachel MdB zum kirchenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt

**B**erlin. Der Dürener Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (CDU) wurde mit 93 % der Stimmen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften gewählt.

„Als Fraktion mit dem „C“ ist das christliche Menschenbild die Grundlage, der Kompass und die gelebte Wertvorstellung, anhand der wir politische Fragen diskutieren und dann verantwortliche Entscheidungen treffen wollen“, skizziert der Dürener Christdemokrat seine Grundeinstellung. „Denn als Christ bin ich überzeugt, dass unsere Grundüberzeugungen wertvoll sind für dieses Land, so Rachel weiter.“

Erst im November wurde Rachel zum zweiten Mal in das höchste Leitungsgremium der Evangelischen Kirche in Deutschland, den 15-köpfigen Rat der EKD, gewählt. Darüber hinaus ist er seit 2003 Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Die CDU/CSU-Fraktion hat in ihrer Sitzung die neue Fraktionsführung gewählt.

## Gründung des EAK-Kreisverbandes Potsdam

**A**uf ihrer konstituierenden Mitgliederversammlung haben vor Kurzem die protestantischen Mitglieder in der CDU Potsdam einen Kreisverband des Evangelischen Arbeitskreises gegründet und einen Vorstand gewählt.

Zum Vorsitzenden wurde der 41jährige Historiker und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung **Dr. Philip Rosin** gewählt. Den Stellvertretenden Vorsitz übernimmt die frühere Stadtverordnete **Maïke Dencker**. Zu Beisitzern wurden **Melanie Kanzler**, **Dietrich Köster**, **Maria von Pawelsz-Wolf**, **Christian Sandmeier** sowie die Stadtverordnete **Anna Lüdcke** gewählt. Der neue Vorstand wird sich unter anderem mit der Zukunft des „C“ im Rahmen der Programmdebatte der CDU sowie mit der Lage von Religion und Kirche in Potsdam befassen.

Der neue EAK-Vorsitzende **Rosin** führte zur Gründung aus: „Die Orientierung am christlichen Menschenbild ist die einigende Klammer, die die Mitglieder unterschiedlicher Strömungen in der CDU miteinander vereint. Mit seinen Treffen und Veranstaltungen möchte der EAK ein neues Angebot sowohl für die Mitglieder der CDU als auch für die Potsdamer Stadtgesellschaft schaffen.“ Der CDU-Kreisvorsitzende **Oliver Nill** fügt hinzu: „Ich freue mich über die Gründung des EAK in unserem Kreisverband. Das ist ein gutes Zeichen im Rahmen des begonnenen Erneuerungsprozesses der Potsdamer CDU.“

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

### Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler, Dirk Heuer, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

### Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Michelle Zurek  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

### Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

### Autoren

Thomas Rachel MdB  
Gerhard Arnold  
Dr. Hans-Gerd Krabbe  
Wolfgang Reeder  
Christian Meißner

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

### Fotonachweis

Titelbild: © istock/Nikolay Tsuguliev  
S. 2: © Tobias Koch  
S. 3: © istock/Kachura Oleg  
S. 5: © istock/rusm  
S. 8: © istock/Fokusiert  
S. 10: © istock/Lemon Freemages  
S. 12: © Meißner, © istock/ivansmuk  
S. 15: © Tobias Koch  
S. 16: © istock/DKosig

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

Diesem Heft liegt ein Veranstaltungsflyer von „Schönblick“ bei.

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



# Meditation

## *Jahreslosung 2022*

*Jesus Christus spricht: „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.“ (Joh 6,37/E)*



Dass die rettende und befreiende Botschaft des Evangeliums ausnahmslos allen Menschen gilt, ist ein Grunddatum unseres christlichen Bekenntnisses. Jesus selbst ging zu denen, die im Halbdunkel und auf der Schattenseite des Lebens standen, den Verzweifelten, Kranken, Ausgegrenzten, Selbstverkrümmten und Ungeliebten, den Freaks, den Halbseidenen und Trauernden, kurzum: allen scheinbar hoffnungslosen Fällen.

Als jemand, der in den 1970er Jahren seine kirchliche Sozialisation in einer Berlin-Neuköllner Großstadtkirche erfahren hat, umgeben vom morbiden Charme grauer Häuserfassaden, trostloser Brandmauern und des fußläufigen Grenzstreifens, ist mir die Botschaft, dass Christus niemanden von sich stößt, der zu ihm kommen will, auf sehr eigentümliche und einzigartige Weise vermittelt worden. Im Kindergottesdienst sangen wir unendliche Male und mit großer Freude das Lied „Ein jeder kann kommen!“ unseres Kirchenmusikers Winfried Radeke, der 1972 auch die Neuköllner Oper gegründet hatte. Darin heißt es rotzfrech-berlinerisch und zugleich kongenial-evangelisch:

„Ein jeder kann kommen, für jeden machen wir die Türen auf, ein jeder kann kommen, wir lassen jeden rauf. Alle Großen, alle Kleinen, auch die ab und zu mal weinen, alle Starken, alle Schwachen, auch die alles dreckig machen, alle Dummen, alle Schlaunen, auch die ab und zu was klauen, alle Doo-fen, alle Netten, auch die fetten Arschbouletten! Wer mitmachen will, hat bei und Platz! Ein jeder kann kommen...“ – So ist es: Gott lässt jeden rauf, der zu ihm will - selbst die fetten „Arschbouletten“!

*Pastor Christian Meißner, EAK-Bundesgeschäftsführer*